

sind wir den Entscheidungen Washingtons völlig ausgeliefert.“

Und „weil uns Washington die überlebenswichtige Hilfe abschneiden kann“, ist für Meza nur logisch, daß „die Regierung den Konflikt mit Nicaragua allemal einem Konflikt mit den USA vorziehen wird“.

Präsident José Azcona, der sich zunächst gegen die Konfliktpolitik Washingtons wehrte, bestätigt die Befürchtungen des Institutschefs: „Ich denke nicht, daß ein friedliches Nebeneinander mit Nicaragua möglich ist.“

„Wir glauben nicht, daß Nicaragua eine Gefahr für uns darstellt“, widerspricht der Präsident der Christdemokraten, Efraín Díaz Arrivillaga, 41. Dessen Partei verfügt im 132köpfigen Parlament lediglich über zwei Abgeordneten-Mandate. „Reagan will partout keine politi-

mentsabgeordneter der regierenden Liberalen Partei, „nicht einmal wir haben viel zu sagen.“ Daß Felipe González seine Spanier über die Nato-Mitgliedschaft abstimmen ließ, das hat ihn sehr beeindruckt. „Aber hier in Honduras ein Plebiszit über die Anwesenheit der US-Truppen? Unmöglich.“

Er trifft sich im Innenhof der kleinen Kirche von Comayagua, gleich gegenüber von Joacos Disco Bar mit Pfarrer Angel Castro, bei dem er sich über die Vorfälle der letzten Zeit erkundigt. Leton ist empört, nicht über alle Gringos, aber doch über einige Zwischenfälle. „27 Kinder hat die Polizei festgenommen“, bestätigt er, „die sich prostituiert haben.“

Seit die Amerikaner im nahe gelegenen Palmerola ihren Stützpunkt eingerichtet haben, ist aus dem verschlafenen

Die Mädchen und Frauen, die sich hier zu Billigpreisen anbieten (ein Einheimischer muß fünf, ein Gringo zehn Lempiras zahlen, das sind vier bis neun Mark), wirken wie häßlich verzerrte Karikaturen aus einem Fellini-Film. Aus allen Landesteilen sind sie hierhergekommen, um Dollars zu verdienen und damit ein wenig vom American way of life zu erhaschen. Doch meist werden sie enttäuscht. So wie Dailila, die in der „Bar Miramar No. 1“ ihre Gunst anbietet. „160 von uns sind registriert“, schätzt sie, „aber es gibt hier mindestens 300“ – Zahlen, die das Gesundheitsministerium bestätigt. Die Zahl der registrierten Tripper-Fälle stieg von 1980 bis 1984 auf das Doppelte in der „Region de Salud II“, zu der auch Comayagua gehört.

Auch wenn keine Verbindung zwischen der Ankunft der Amerikaner und einigen Aids-Fällen nachgewiesen werden konnte, für die Einheimischen waren die Schuldigen längst ausgemacht: „Yankee basura fuera del país“ (Yankee-Dreck, raus aus dem Land) ist seit her der beliebteste antiamerikanische Slogan.

Doch die Aufregung um den Lebenswandel der GIs kann die Armen der Umgebung nicht davon abhalten, jeden Dienstag und Donnerstag die angebotene kostenlose medizinische Versorgung der amerikanischen Ärzte in Palmerola in Anspruch zu nehmen. In den letzten zwei Jahren, so Oberst Charles Mitchell, Chefarzt des Feldhospitals, wurden 11 000 Bewohner – viele von ihnen erstmals im Leben – medizinisch versorgt.

Allein an Gehältern und Dienstleistungen pumpen die USA durch die Anwesenheit der GIs jährlich 28,9 Millionen Dollar in die honduranische Wirtschaft. 300 Einheimische fanden bei den Amerikanern in Palmerola Arbeit.

Das Geschäft blüht, und Comayaguas Bürgermeister Maximiliano Maradiaga freut sich: „Das ist ein Dollar-Fieber. Ich wollte, es kämen noch 10 000 weitere US-Soldaten nach Comayagua.“



Präsident Azcona (r.), Armeechef Hernández: „Kein Friede mit Nicaragua“

sche Lösung der mittelamerikanischen Probleme. Er sucht unbedingt die militärische Konfrontation.“

Díaz ist davon überzeugt: „Wir nähern uns einem Krieg. Honduras wie Nicaragua sind Gefangene einer ungewollten Situation.“ Angesichts der Machtlosigkeit seiner kleinen Partei sehnt sich der Jesuitenzögling und Agrarökonom nach mehr Solidarität seiner europäischen Schwesterparteien.

Doch die deutschen Christdemokraten „stehen Azcona viel näher als uns“, bedauert er, denn seit er einmal eine Delegation der bundesdeutschen Grünen empfangen hat, will die Kohl-Partei offenbar keine Kontakte mehr zu ihm. Entwicklungsminister Jürgen Warnke sah bei seinem kürzlichen Honduras-Besuch keinen Anlaß, mit den dortigen Christdemokraten zu sprechen.

„Hier hat das Volk nichts zu bestimmen“, schimpft Leonardo Leton, Parla-

men 40 000-Einwohner-Ort eine betriebssame Stadt mit Neonreklamen, Hamburger-Imbiß und hektischem Nachtleben geworden. „Kinder rauchen jetzt Marihuana, trinken Whisky und versuchen, ihre amerikanischen Freunde zu imitieren“, hat Pfarrer Castro beobachtet.

Sein Bischof brandmarkte in einem scharf formulierten Pastoralbrief den „Mißbrauch und die Perversion von Kindern“. „Eltern schicken ihre Kinder auf den Strich“, berichtet eine Lehrerin, „um Geld zu verdienen.“

Am anderen Ende der Stadt patrouillieren honduranische und amerikanische Militärpolizisten gemeinsam durch Comayaguas Rotlichtbezirk. Vor den flachen, heruntergekommenen Häusern mit Plastikvorhängen anstelle der Türen und Fenster baumeln trübe ein paar Glühbirnen, deren Licht kaum über die schlammige Straße reicht.

NICARAGUA

Brutale Aggression

Rund zehntausend freiwillige Helfer aus dem Ausland arbeiten für das sandinistische Regime. Die Contras wollen diese „Internationalisten“ durch Terror vertreiben.

Die Meldungen, die über den Fernschreiber der bundesdeutschen Botschaft in Managua abgesetzt wurden, entsprachen nicht der Wortwahl deutscher Diplomaten:

„Wir fordern von der Bundesregierung die bedingungslose Verurteilung der Kriegspolitik der USA.“ Und: „Wir fordern die US-Regierung auf, die Unterstützung für die Contras einzustellen,

damit sich solche brutalen Aggressionen nicht wiederholen.“

70 deutsche Entwicklungshelfer, nicht staatlich geförderte, sondern freiwillige, hatten die Botschaft besetzt und den Telextext abgesetzt. Denn Dramatisches war zwölf Kameraden wiederfahren, die erst zehn Tage in der Kakao-Kooperative von Jacinto Baca im Arbeitseinsatz waren:

Im Morgengrauen des Pfingstsonntags hatten die Contras, antisandinistische Rebellen, das Dorf, etwa 70 Kilometer von der Grenze nach Costa Rica gelegen, angegriffen und die deutschen Helfer entführt. Vier von ihnen konnten den Entführern entkommen. Ihr Eindruck: „Terror ist der nicaraguanische Alltag.“

Zwar versicherten die Contra-Sprecher in ihrer Basis in Honduras, die Freilassung der Entführten stehe bevor, zugleich aber warnten sie die Ausländer: „Die Internationalisten, die das marxistisch-leninistische Regime unterstützen, riskieren ihr Leben, wenn sie sich in unserem Operationsgebiet aufhalten.“

Freiwilligen-Dienste für die mittel-amerikanischen Revolutionäre leisten derzeit annähernd zehntausend Ausländer, darunter 400 Deutsche. Diese Internationalisten, wie sie sich selbst in Erinnerung an jene ausländischen Freiwilligen-Verbände nennen, die im Spanischen Bürgerkrieg auf seiten der Republikaner gegen Franco kämpften, sind für die Contras „Kommunisten, die gekommen sind, um unser Land zu besetzen und ein totalitäres Regime einzurichten“.

Und wie man mit diesen Kommunisten umgeht, demonstrierten die Rebellen etwa im April, als sie das Entwicklungsprojekt des österreichischen Schau-

spielers Dietmar Schönherr, 90 Kilometer von der honduranischen Grenze entfernt, zerstörten. Im Februar war ein Schweizer Entwicklungsarbeiter ermordet worden. Vergangenen Sommer hatten antisandinistische Miskito-Indianer die deutsche Biologin Regine Schmemmann verschleppt und nach drei Wochen Gefangenschaft in Honduras freigelassen.

„Wir versuchen allen, die in Nicaragua arbeiten wollen, ein realistisches Bild von der Gefahr zu vermitteln“, behauptet Christian Eggers vom Nicaragua Komitee in Hamburg, der die Vorbereitung der Arbeitsbrigade von Jacinto Baca organisiert hat. „Die Region der südlichen Provinz Yelaya ist Kriegsgebiet.“

Bisher hätten die Contras Dörfer, in denen deutsche Brigadisten Häuser und Schulen bauen, verschont. Auf Wunsch der sandinistischen Regionalverwaltung sei deshalb im Februar in Jacinto Baca mit dem Häuserbau begonnen worden. Das Dorf war schon zweimal überfallen, 17 Bauern waren getötet worden.

Die ersten Internationalisten-Brigaden hatten die Sandinisten ins Land gerufen, nachdem US-Einheiten im Oktober 1983 in Grenada gelandet waren. Damals waren die Revolutionäre überzeugt, daß dies lediglich eine Generalprobe für die Invasion Nicaraguas gewesen war. Die Anwesenheit von Erntehelfern aus dem westlichen Ausland, vor allem aus Nato-Staaten, sollte die Amerikaner vor einer Attacke zögern lassen.

Aus der Bundesrepublik meldeten sich spontan 1000 Interessenten. 141 reisten im Dezember 1983 zum Kaffeepflücken. Politprominenz wie Henning Scherf, damals Bremer Senator für Jugend und Soziales, die Grüne Petra Kelly sowie die Theologen Norbert Greinacher

* Vor ihrem Abflug nach Managua.

Planmöbel-Fachvertretungen

- 1000 Berlin 30, DEHA
- 1000 Berlin 12, Hiller
- 2000 Hamburg 36, Gärtner
- 2300 Kiel 1, Reese
- 2800 Bremen 44, Grothe
- 2800 Bremen 1, Messerke
- 2850 Bremerhaven 1, Döscher
- 2910 Westerstede, Schulz
- 3000 Hannover 1, Göbelhoff
- 3501 Fuldabrück 1, Rühlig
- 4000 Düsseldorf 11, Pape + Rohde
- 4050 Mönchengladbach 1, planen + einrichten
- 4200 Oberhausen 12, Kamp
- 4292 Rhede, Pöhlmann
- 4400 Münster, Krüger
- 4500 Osnabrück, Scherz & Cramer
- 4600 Dortmund 1, BZR
- 4630 Bochum, Fleischmann
- 4690 Herne 2, Lucke
- 4770 Soest, Strothkamp
- 4800 Bielefeld 1, Euskirchen
- 5000 Köln 1, büro + objekt
- 5100 Aachen, Mathes
- 5300 Bonn 1, büro + objekt
- 5470 Andernach, Volmer + Doll
- 5500 Trier, Lehr
- 5600 Wuppertal 2, Röth
- 5860 Iserlohn, Möller
- 6242 Kronberg, Objektform
- 6530 Bingen 1, Würth
- 6601 Saarbrücken, Herrmann
- 6800 Mannheim 1, Technoplan
- 7000 Stuttgart 80, Häussler
- 7012 Fellbach/Stuttg., Rytina
- 7085 Bopfingen, Schieber
- 7129 Ilsfeld, büro und funktion
- 7317 Wendlingen, Behr
- 7400 Tübingen, Betz
- 7500 Karlsruhe 1, bürostudio
- 7710 Donaueschingen, Streit
- 7760 Radolfzell, Streit
- 7800 Freiburg, Kray
- 7800 Freiburg, Streit
- 7985 Baidt, Tirega
- 8000 München 80, büro & objekt
- 8000 München 45, Finkenzeller
- 8398 Pocking, Bürohaus GmbH
- 8500 Nürnberg 70, Schuster & Walther
- 8700 Würzburg, Möbel Neubert
- 8720 Schweinfurt, Soremba
- A-6901 Bregenz, Sautter
- CH-8023 Zürich, Waser
- NL-7800 AB Emmen, Verhoeven



Deutsche Sandinisten-Helfer in Berlin*: „Sie riskieren ihr Leben“



Contras in Nicaragua
Abschreckung mißglückt

und Dorothee Sölle meldeten sich zum Einsatz.

Seither koordiniert das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal über 230 deutsche Solidaritätsgruppen. Gemeinsam mit dem nicaraguanischen Gesundheitsministerium organisierte der Gesundheitsladen Berlin seit 1983 Einsätze von Ärzten und Krankenschwestern – Fachkräfte mit mindestens zwei Jahren Berufserfahrung. In drei kleinen Krankenhäusern im Norden, im Zentrum und im Süden des Landes bauten die Gesundheitsbrigadisten OP-Einrichtungen auf.

1700 deutsche Brigadisten halfen bislang den Bauern. 2200 Mark für den Billigflug mit Aeroflot ab Ost-Berlin sowie die tägliche Reis-Bohnen-Ration brachten sie selbst auf, darüber hinaus insgesamt 6 Millionen Mark für Material. Städte wie Augsburg, Nürnberg und Bremen haben Patenschaften übernommen, so daß mit kommunalen Mitteln zum Beispiel Wasserleitungen oder Schulen finanziert werden. Das Land Hessen stellte medico international eine Million Mark für ein Krankenhaus an der Grenze zu Costa Rica zur Verfügung, die das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit verweigert hatte.

Die sandinistische Befreiungsbewegung hat eine breitgefächerte Solidarität mobilisiert: Jusos sammelten 155 000 Mark für eine Fabrik in Masaya; DGB-Jugend baute eine Landarbeiterschule im Süden des Landes; ausgerüstet mit 60 000 Mark Zuschüssen der Stadt München, bauten 86 Schüler, Studenten, Handwerker und Ärzte während der

Sommerferien zwei Volksschulen und einen Kindergarten.

In den Tagen nach der Entführung der deutschen Brigadisten in Jacinto Baca starteten ehemalige freiwillige Nicaragua-Helfer Solidaritätsaktionen in der Bundesrepublik und erklärten sich bereit, wieder in Contra-gefährdeten Gebieten zu arbeiten. „Die Verschleppung hat ihren Abschreckungszweck nicht erreicht“, bemerkte eine Sprecherin des Wuppertaler Informationsbüros.

Am Montag dieser Woche wollen „Internationalisten“ aus Europa, den USA und Kanada eine Gemeinschaftsbrigade nach Jacinto Baca entsenden, die den nach dem Überfall unterbrochenen Häuserbau fortsetzen soll.

SPANIEN

Dickster Fisch

Dokumente beweisen, daß Libyen Terroristen in Europa finanziert. Auch spanische Militärs sollen Geld von Gaddafi akzeptiert haben.

Im Zimmer 105 des Appartementshauses „El Jardin“ an der Autobahn Madrid-Burgos trafen sich vier Herren zu einer heimlichen Runde. Ein fünfter kam etwas später dazu und entschuldigte sich, nicht wie gewohnt seine Uniform zu tragen; aus Sicherheitsgründen sei geraten, unauffällig in Zivil zu bleiben.

Was die fünf Verschwörer dann besprachen, wurde dennoch draußen, in einem getarnten Auto, heimlich auf Tonband mitgeschnitten. Und als einige Tage später, Ende Januar dieses Jahres, zwei der Gesprächspartner sich auf dem Pariser Flughafen Orly zum Flug nach Tripolis wiedertrafen, waren erneut heimlich Beobachter, Beamte des spanischen Sicherheitsdienstes Cesid, in der Nähe, diesmal sogar mit Photoapparat.

Selbst noch in Libyens Hauptstadt, wo sich die beiden Reisenden – der spanische Kavallerieoberst Carlos de Meer de Ribera, 57, und der in Madrid akkreditierte libysche Diplomat Saïd Mohammed el-Salam Ismail, 38, – mit Revolutionsführer Gaddafi verabredet hatten, wurden sie unbemerkt abgelichtet.

Die Photos und die Abschriften einiger konspirativer Gespräche lagen auf dem Tisch des spanischen Ministerpräsidenten Felipe González, als der amerikanische Sonderbotschafter

Vernon Walters wenige Tage vor dem US-Luftangriff auf Tripolis die spanische Regierung um die Überflug-Genehmigung für US-Jets bat.

González fragte Walters in der eineinhalbstündigen Unterredung nach Beweisen, die einen militärischen Schlag gegen Libyen rechtfertigen könnten. Walters mußte passen. Darauf González: „Ich habe die Beweise. Trotzdem bin ich entschieden gegen Gewalt gegen Libyen“.

Jetzt erst, gut einen Monat nach der US-Attacke, die Madrid heftig kritisierte, zeigte González die Beweise, die er den USA vorenthalten hatte.

Nach diesen Dokumenten haben in Madrid akkreditierte libysche Diplomaten

- ▷ gegen die demokratischen Institutionen Spaniens konspiriert,
- ▷ Freiwillige für Terroranschläge rekrutiert,
- ▷ Bombenanschläge in Paris, Madrid und Lissabon finanziert.

Spanische Staatsschützer sind außerdem überzeugt, daß das Madrider „Volksbüro“, wie Gaddafis diplomatische Vertretung heißt, und die libysche Schule „El-Fatih“, in der zwölf arabische Lehrer hauptsächlich ihre eigenen Kinder unterrichten, in jüngster Zeit Hauptstützpunkte für Terroranschläge in ganz Europa waren.

Als „dickster Fisch“ im Terroristenetz, so ein Regierungsmitglied, wurde jener Berufsdiplomate ausgemacht, der an den vom Sicherheitsdienst observierten Geheimtreffen mit den Spaniern teilgenommen hatte: Saïd Mohammed el-Salam Ismail. Er war, meint die Polizei, verantwortlich für die Anwerbung von Aktivisten für Terroranschläge in Spanien und im übrigen Europa.

Innerhalb von nur zwölf Stunden mußte der Diplomat, der mal als Generalkonsul, mal als Kulturattaché auftrat, Spanien verlassen, ebenso wie der Botschaftssprecher und gleichzeitig für Wirtschaft zuständige Ramadan Mohammed Ruhem.



Oberst de Meer, libyscher Diplomat*
Den Ultras Hilfe angeboten

* Bei einer Observierung aufgenommenes Photo des spanischen Geheimdienstes.